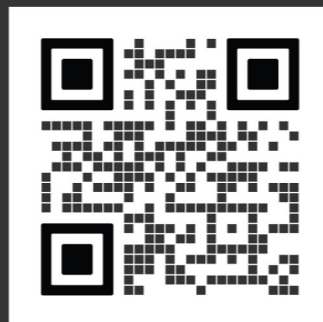


Doch die Ampel betreibt Sozialabbau und Aufrüstung nicht aus bösem Willen, sondern weil sie Politik im Interesse der Herrschenden macht. Jahr für Jahr werden die Reichen reicher, während die Zahl der Armen steigt. Obwohl der Reichtum absolut wächst, haben immer weniger Menschen etwas davon. Zugleich findet das Wachstum auf Kosten des Klimas statt. Auch unter den Folgen der Klimakatastrophe leiden in erster Linie arme Menschen. Zudem spitzt sich die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten seit Jahren zu. Kriege, die weitere Menschen in die Flucht zwingen, nehmen zu. In diesen Zusammenhang gehört Scholz' Rede von der „Zeitenwende“. Wiederum treffen die entsprechenden Kürzungen für die Aufrüstung zuerst die Armen. Der Kapitalismus ist offenbar nicht in der Lage, die technischen Mittel zum Wohle der Mehrheit einzusetzen. Vielmehr schafft er Elend, das aktuell wieder die Gefahr des Faschismus nährt. An die Stelle der chaotischen Konkurrenz der Unternehmen gehört eine demokratisch geplante Produktion im Interesse der Mehrheit - eine sozialistische Gesellschaft.

**Wie stoppen wir die AfD?
Hybrid-Veranstaltung 9.2. 18 Uhr
vor Ort in Berlin und über Zoom
Telefonwahl: +49 69 5050 0951**



**Interesse? Mach mit bei SvU!
Melde dich bei info@isvu.org**



AfD zerschlagen statt verbieten



Hunderttausende wünschen sich, dass die AfD von der Bildfläche verschwindet. Deshalb findet die Forderung nach einem Verbot der AfD großen Anklang. Aber kann damit erreicht werden, dass die AfD tatsächlich verschwindet?

Die AfD ist inzwischen eine faschistische Partei und gewinnt auf dieser Grundlage neue Mitglieder. Sie kann aber noch nicht auf die Unterstützung einer faschistischen Massenbewegung zählen.

Ein Verbotverfahren würde sich über Jahre hinziehen. In dieser Zeit könnte sich die AfD weiter aufbauen. Die nächsten Meilensteine für sie sind die Wahlen in diesem Jahr, die EU-Wahl und die Landtagswahlen in drei Bundesländern, in denen die AfD die stärkste Partei werden könnte. Das würde ihre Anziehungskraft weiter vergrößern. Darum kommt es jetzt darauf an, sie an solchen unmittelbaren Erfolgen zu hindern. Das gelingt mit einem AfD-Verbot nicht.

Die AfD muss daran gehindert werden, dass sie öffentlich Propaganda für ihre rassistischen, arbeiter- und frauenfeindlichen Vorstellungen machen kann. Deshalb ist es wichtig, dass überall, wo die AfD in der Öffentlichkeit auftritt - auf Veranstaltungen, Demonstrationen, Wahlkampfständen - ihr von allen, die sich heute in berechtigter Empörung auf den Straßen sammeln, entgegengetreten wird. Die große Gefahr eines Verbotverfahrens ist, dass es die Bewegung gegen die AfD auf der Straße bremsen könnte.

Außerdem kann man kein Vertrauen in die Staatsorgane für innere Sicherheit haben. In den letzten Jahren hat sich wiederholt deutlich gezeigt, dass sie Teil des Problems waren, nicht der Lösung. Von der Nazi-Terrorgruppe NSU in Sachsen über den NSU 2.0 in Hessen bis zum „Neukölln-Komplex“ in Berlin waren und sind Organe wie die Polizei und der Verfassungsschutz in faschistische Aktivitäten verstrickt.

Der Verfassungsschutz ist die schlechteste Adresse, an die man sich wenden kann, wenn es um Antifaschismus geht. 2019 entzog das Berliner Finanzamt der antifaschistischen VVN-BdA die Gemeinnützigkeit - mit Verweis auf eine Nennung der Gruppe als „extremistisch“ im Verfassungsschutzbericht. Diese Entscheidung ist zwar nach Protesten zurückgenommen worden, aber sie zeigt, dass der Staat Linke in der Regel als Feind ansieht. So wurde zwar 1952 die SRP als Nachfolger der NSDAP verboten, doch 1956 wurde als nächstes die KPD (Kommunistische Partei Deutschland) verboten.

Jeder Ausbau staatlicher Einschränkungen von Freiheitsrechten richtet sich gegen Linke und die konsequentesten Gegner:innen des Faschismus sowie Gegner:innen unsozialer oder repressiver Maßnahmen des kapitalistischen Staates und der Kapitalist:innen. Bei der Unterdrückung von Demonstrationen wie zum Beispiel gegen den Genozid in Gaza stoßen Polizei und AfD ins gleiche Horn.

Statt eines langwierigen Verbotverfahrens in den Gerichten ist eine entschlossene Bewegung auf der Straße und gegen öffentliche Auftritte der AfD nötig. Die AfD tarnt sich als ganz normale bürgerliche Partei. Mit der Correctiv-Recherche ist es gelungen, ihr die bürgerliche Maske abzureißen und die faschistische Fratze dahinter zu entblößen. Überall, wo die AfD auftritt, braucht es Proteste und Aktionen, die den Nazikern der Partei enthüllen. Aktionen können klein sein. Man kann sich beispielsweise mit Müllsäcken neben AfD-Ständen platzieren und Menschen auffordern, den Propaganda-Müll der AfD in diesen Säcken zu entsorgen.

Doch gegen große Kundgebungen der AfD braucht es große Aktionen. Adolf Hitler meinte, durch Kundgebungen und Aufmärsche würde sich ein kleiner Wurm als Teil eines großen Drachens fühlen. Dieses Gefühl von Macht verleiht faschistischen Parteien ihre Anziehungskraft. Darum ist es nötig, solche öffentlichen Demonstrationen wirksam zu verhindern, um diese Anziehungskraft zu brechen und den harten Nazi-Kern von seinem weichen Umfeld zu trennen.

Das bedeutet, sich Kundgebungen der AfD entschlossen und ausdauernd mit breiten und entschiedenen Bündnissen entgegenzustellen.